

Interview mit Guido Fluri im Tages-Anzeiger, Zürich

Online 22. April 2016, Printversion 23. April 2016

URL: <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/ich-habe-bei-den-verdingkindern-hoffnungen-geweckt/story/21382780>

(Stand 23. April 2016)

Tages-Anzeiger

«Ich habe bei den Verdingkindern Hoffnungen geweckt»

Guido Fluri, Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, spürt Erwartungsdruck von Heimkindern und anderen Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen.

Mit Guido Fluri sprachen Anja Burri und Simone Rau

Ihre Volksinitiative fordert die Wiedergutmachung des Unrechts, das die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen erlitten haben. Was macht Sie so sicher, dass man etwa eine Zwangssterilisation je wiedergutmachen kann?

Wiedergutmachung heisst für die Opfer nicht, dass ihre Misshandlungen von einem Tag auf den anderen verschwinden. Es geht vielmehr um die Anerkennung des Unrechts, das Zehntausenden Menschen bis 1981 angetan wurde. Diese Anerkennung mittels Solidaritätsbeiträgen – das ist die lang ersehnte Wiedergutmachung. Ich erwarte, dass der Nationalrat nächste Woche ein solches Zeichen setzt und sich deutlich für die Initiative oder den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats ausspricht.

Wie viel Geld fordern Sie?

500 Millionen Franken für schätzungsweise 20'000 Opfer. Der Bundesrat schlägt im indirekten Gegenvorschlag 300 Millionen Franken vor, weil er von weniger Opfern ausgeht. Das ergibt rund 25'000 Franken pro Person. Es sollen alle gleich viel erhalten.

Was soll jemand, der ein Leben lang gelitten hat, mit 25'000Franken?

Viele der Opfer sind betagt und sehr arm. Ich habe Menschen besucht, die leben in kleinen Kabäuschen, einige sind auch verwahrlost. Sie könnten sich zum Beispiel nie ein Zugbillettt leisten. Natürlich kann Geld kein Unrecht ungeschehen machen. Aber es ist eine ganz bedeutende Hilfe.

Die Initiative fordert nicht nur Geld. Wie wichtig sind die anderen Aspekte?

Für mich ist die Aufarbeitung der Geschehnisse zentral. Alle Institutionen – zum Beispiel die Kirche – wären gezwungen, sich auch mit ihrer dunklen Geschichte zu befassen. Die trübe Schweizer Sozialpolitik hat eine historische Bedeutung. Wir Schweizer tragen unsere glänzende humanitäre Fahne gerne in die Welt hinaus. Und zu Hause gingen wir so um mit unseren Mitmenschen.



«Nachts um drei Uhr erwachte ich schweissgebadet und sagte mir: Jetzt muss eine Initiative her.»

Foto: Tom Kawara

Sie selber haben als Kind eine Zeit lang in einem Heim gelebt. Werden Sie auch Geld beantragen?

Nein. Es sollen Opfer entschädigt werden, die schweres Leid erlitten haben. Ich zähle mich nicht dazu. Es stellt sich die Frage: Was ist schweres Leid? So sind etwa nicht alle Verdingkinder misshandelt worden. Aber Menschen, die auf Höfen ausgenutzt, in Heimen missbraucht oder weggesperrt wurden und deren Leid stets heruntergespielt wurde, die nie eine Schule besuchen, Menschen an sich heranlassen oder sich richtig entfalten konnten: Das ist schweres Leid, das ein ganzes Leben prägt.

Um Geld zu erhalten, sollen die Opfer ihr Leid glaubhaft machen. Wie soll derart Persönliches beurteilt werden?

Der 2014 eingerichtete Soforthilfefonds für Opfer in prekären Lagen zeigte, wie das funktionieren kann. Viele Opfer schilderten der zuständigen Kommission die gleichen Missbrauchserlebnisse oder nannten Namen von Betreuern. Das sind klare Indizien, dass Missbräuche stattgefunden haben. Man kennt bereits viele problematische Heime oder Institutionen. Wer an einem solchen Ort war und kongruent die Misshandlungen schildern kann, dem wird geglaubt.

Es wird auch enttäuschte Opfer geben, die leer ausgehen. Wie gehen Sie damit um?

Das ist belastend. Mich rief einmal ein Mann an, der sagte: «Durch diese mediale Debatte reissen meine Wunden wieder auf.» Ich wurde zum Feindbild für diesen Mann, weil er es nicht ertrug, mit seinem Leid konfrontiert zu werden. Viele wollen und können nicht reden. Solche Menschen sind oft auch nicht in die Gesellschaft integriert.

Der Bundesrat schlägt alternativ zu Ihrer Initiative einen indirekten Gegenvorschlag vor. Was spricht gegen diesen Kompromiss?

Es stünden statt 500 nur 300 Millionen Franken bereit. Für viele Opfer bedeutet dies ein erneutes Herunterspielen ihrer Geschichte. Sie vergleichen die Zahlen mit den Ausgaben für Flüchtlinge oder die Entwicklungshilfe und können nicht verstehen, wieso ausgerechnet sie wieder weniger erhalten sollen. Dennoch ist der Gegenvorschlag ein starkes Zeichen und hat auch Vorteile.

Welche?

Angesichts des hohen Alters vieler Opfer ist das Zeitargument wichtig: Mit dem Gegenvorschlag wäre es möglich, schon 2018 erste Zahlungen zu leisten. Mit der Initiative müssten die Menschen noch einmal drei bis vier Jahre warten.

Sagt das Parlament Ja zum Gegenvorschlag, ziehen Sie Ihre Initiative also zurück?

Mit grosser Wahrscheinlichkeit. Für mich ist der Gegenvorschlag annehmbar. Aber entscheiden muss das Initiativkomitee. Sollte das Parlament das Gesetz abschwächen und die 300 Millionen Franken weiter runterhandeln, ziehen wir die Initiative durch und erzwingen eine Abstimmung.

Und riskieren einen Abstimmungskampf, in dem das Leid der Opfer öffentlich verhandelt würde?

Da braucht es ein Abwägen. Wir werden die Abstimmungsergebnisse anschauen. Wenn beispielsweise 40 Prozent der Parlamentarier aus finanzpolitischen Überlegungen

gegen die Opfer stimmen, finde ich das schwierig. Die Initiative ist unser Pfand. Auch möglichst viele SVP-Politiker sollen sich einen Ruck geben.

Sie wollen, dass alle Parteien hinter Ihnen stehen. Ist das nicht zu viel verlangt?

Wir haben in vielen Gesprächen Politiker aller Parteien von unserem Anliegen überzeugt. Um eine Mehrheit zu erreichen, brauchen wir auch Stimmen aus der FDP und der SVP. Aber es gibt immer noch jene, die abblocken. Ihnen fehlt der Bezug zu den Opfern. Für mich ist es auch schwer akzeptierbar, dass sich Parteien den Liberalismus auf die Fahne schreiben und gleichzeitig Menschen im Stich lassen, die ohne Gerichtsurteil vom Staat weggesperrt wurden. Das ist nicht ehrlich – oder der Liberalismus ist nur eine Floskel.

Sie sprechen die FDP an, die in der Wiedergutmachungsfrage gespalten ist.

Zum Beispiel, ja. Wir führten schon unzählige schwierige Diskussionen. Die Gegner der Initiative betrachten die Wiedergutmachungsfrage juristisch und machen geltend, die Taten seien längst verjährt und Leid könne mit Geld ohnehin nicht aufgewogen werden. Das ist für mich absolut nicht nachvollziehbar.

Sie scheinen ziemlich nervös im Hinblick auf den Entscheid des Nationalrats.

Ich wage keine Prognose, wie die Abstimmung ausgehen wird. Ich spüre grossen Druck. Die politische Überzeugungsarbeit ist nur ein Aspekt. Auch auf Opferseite gibt es unterschiedliche Erwartungen. Ich habe mit meiner Initiative auch Hoffnungen geweckt. Und muss ehrlich sagen: Ohne meine Familie hätte ich das niemals geschafft. Wenn Sie da keinen Hafen haben, in den Sie einsegeln können, werden Sie zerrissen.

Warum tun Sie sich das an?

Vor gut zwei Jahren entschied das Parlament über die Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen: Die Mehrheit wollte kein Geld sprechen, um kein Präjudiz zu schaffen – sonst kämen noch weitere Opfergruppen. Das ist doch ein unglaublich kaltschnäuziges Argument! Nachts um 3 Uhr erwachte ich schweissgebadet und sagte mir: Das akzeptiere ich nicht. Jetzt muss eine Initiative her.

Würden Sie die Initiative im Wissen um die damit verbundene Anstrengung nochmals lancieren?

Ich hätte wohl nicht nochmals die Kraft. Wenn ich aber damit angefangen habe, ziehe ich es durch. Das ist völlig klar.

Bereits engagieren Sie sich für das nächste Projekt: eine unabhängige Anlaufstelle für Kritiker der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde. Was treibt Sie an?

Ich weiss, dass ich etwas bewirken kann. Also helfe ich. Was sicher zusätzlich eine Rolle spielt: Ich fühle mich bis zu einem gewissen Grad verpflichtet, Menschen zu helfen, denen es schlechter geht als mir. Das hat immer auch mit einem christlichen Gedanken zu tun.

Sind Sie gläubig?

Ja, ich lebe nach den Evangelien und glaube an christliche Werte wie die Nächstenliebe. Darum ist es mir auch so wichtig, dass die Landeskirchen heute die Wiedergutmachung offiziell unterstützen.

Ihr Engagement ist auffällig verknüpft mit Ihrem eigenen Schicksal. Ihre Mutter leidet an Schizophrenie, Sie selber erkrankten vor zehn Jahren an einem Hirntumor – Sie engagieren sich für beide Themen.

Zu Beginn war mein Engagement wohl eine Form von Selbsttherapie. Mittlerweile bin ich im Reinen mit meiner Geschichte. Womit Sie recht haben: Wenn ich von einem Thema persönlich betroffen bin, gibt mir das Kraft und Motivation, mich zu engagieren – auch finanziell. Es ist ja doch ein beträchtlicher Teil meines Geschäftsgewinns, den ich in diese Projekte stecke.

Wie viel konkret?

Es sind 20 bis 30 Prozent des Gewinns. Jedes Jahr ein paar Millionen Franken. Aber es geht mir nicht um die finanzielle Dimension. Ich will aktiv sein – etwa, indem ich das Kinderheim gekauft habe, in dem ich selber als Kind gelebt habe.

Wie lange waren Sie eigentlich dort?

Ich kann es bis heute nicht genau sagen. Nicht lange. Aber doch lange genug, dass es eine prägende Zeit für mich war. Und nicht unbedingt eine schöne.

(Tages-Anzeiger)

(Erstellt: 22.04.2016, 20:08 Uhr)

Guido Fluri

Vom Heimkind zum Millionär

Der 49-jährige Unternehmer wurde als uneheliches Kind einer schizophrekiekranken Mutter geboren. Er wuchs bei Pflegefamilien, in einem Heim sowie bei den Grosseltern auf. Kaum volljährig, begann er in Immobilien zu investieren – mit Erfolg. Heute ist der dreifache Vater Multimillionär. Vor zwei Jahren lancierte er die Wiedergutmachungsinitiative. Er wird dabei von der einflussreichen PR-Agentur Furrerhugi unterstützt. (*sir*)

Soforthilfefonds

951 bewilligte Gesuche

Für Opfer, die sich in einer finanziellen Notsituation befinden, richtete der Bund 2014 in Zusammenarbeit mit den Kantonen und der Glückskette einen Soforthilfefonds ein. Dieser nahm bis im Sommer 2015 rund 1350 Gesuche entgegen. Davon wurden bisher 951 bewilligt. Insgesamt schüttete der Fonds rund 7 Millionen Franken an Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen aus. Der Soforthilfefonds schliesst seine Arbeit voraussichtlich im Juni ab. Die Begünstigten wären auch berechtigt, Gelder aus dem neuen Wiedergutmachungsfonds zu beantragen. (*bu*)

Artikel zum Thema

[Räte entscheiden über Hilfe für Verdingkinder](#)



Der Bundesrat will Opfern von Zwangsmassnahmen insgesamt 300 Millionen Franken zahlen. Die Wiedergutmachungsinitiative lehnt er ab. [Mehr...](#)

04.12.2015

[Verdingkindern wurde auch ihr Geld gestohlen](#)

Die Gesuche um Akteneinsicht durch ehemalige Verdingkinder haben sich im Kanton Bern verdoppelt. Veruntreute Gelder erschweren dabei die Verarbeitung. [Mehr...](#)

Von Simon Wälti 09.11.2015

[Kirchenbundpräsident will Aufarbeitung für Fürsorgeopfer](#)

Gottfried Locher unterstützt Wiedergutmachungsinitiative: «Wir können noch helfen.» [Mehr...](#)

Stefan Schürer Bern. 18.07.2014